

Täter als Richter

Leitartikel Der Staat darf der Kirche die Aufklärung von Missbrauch nicht allein überlassen.

Elf Jahre dauert der Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche inzwischen. Elf lange Jahre voller Leid, Ratlosigkeit und Ankündigungen. Als 2010 immer mehr Fälle von sexueller Gewalt durch Kleriker an Kindern und Jugendlichen bekannt wurden, forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bundestag »Wahrheit und Klarheit« über die »verabscheuungswürdigen Verbrechen« in kirchlichen Einrichtungen. Dann überließ sie die Opfer weitgehend sich selbst – und der Täterorganisation.

Seitdem ist die katholische Kirche ihr eigener Richter. Das kann nicht funktionieren. Zwar schuf die Bundesregierung 2010 die Stelle eines »Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs«. Und zehn Jahre später einigten sich der Missbrauchsbefauftragte Johannes-Wilhelm Rörig und die Bischöfe endlich auch auf einheitliche Kriterien, wie die 27 Diözesen ihre Verdachtsfälle behandeln sollen. Doch de facto entscheiden die Kirchenfürsten immer noch selbst, wen sie für die Aufarbeitung engagieren und welche Akten sie herausrücken. Es bleibt ihre Sache, ob sie das Gutachten am Ende veröffentlichen. Oder unter Verschluss halten.

So kündigte der Kölner Erzbischof Rainer Maria Woelki 2018 an, er wolle sexuelle Gewalt durch Priester und das systemische Versagen der Kirche in seiner Diözese seit 1975 aufarbeiten lassen. Als die Studie einer Anwaltskanzlei 2020 fertig war, verschwand sie in der Schublade. Der Erzbischof sprach von »methodischen Mängeln«. Sein viel größeres Problem: In dem Gutachten dürften die Namen hochrangiger deutscher Kleriker stehen, die wohl dabei halfen, sexuelle Gewalt zu vertuschen. Auch Woelki wird vorgeworfen, daran beteiligt gewesen zu sein.

Inzwischen hat er Fehler bei der Aufarbeitung eingestanden. Als Führungskraft ist er trotzdem untragbar. In einem weltlichen Unternehmen wäre er längst gefeuert worden. Der Vatikan aber stärkt ihm den Rücken.

Viele Gläubige dagegen wenden sich ab. In Köln brach neulich der Server des zuständigen Amtsgerichts zusammen, weil 5000 Menschen gleichzeitig versuchten, einen Onlinetermin für ihren Kirchenaustritt zu vereinbaren. Seit 2010 haben knapp zwei Millionen Katholiken in Deutschland die Flucht vor den Pfaffen ergriffen.

Die Causa Woelki zeigt, wie heillos überfordert die Kirche bis heute damit ist, sexuelle Gewalt in den eigenen Reihen aufzuklären. Darunter leiden vor allem jene, die schon als Opfer Furchtbares durchmachen mussten. Sie fühlen sich alleingelassen. Viele sind infolge psychischer Krankheiten nur bedingt arbeitsfähig. Von der Kirche werden sie mit zum Teil schäbigen Entschädigungszahlungen abgefunden.

Die Politik muss den Betroffenen endlich zu Hilfe kommen. Es ist höchste Zeit für eine Intervention. Die Bundesregierung wäre gut beraten, eine staatliche Aufarbeitungskommission einzusetzen, wie es sie in Irland gab. Dort untersuchte ein vom Klerus unabhängiges Gremium jahrelang Fälle von sexueller Gewalt in der Kirche. In der Folge traten katholische Bischöfe zurück. Hierzulande hat noch niemand Verantwortung übernommen.

Der Sprecher der Betroffeneninitiative »Eckiger Tisch«, Matthias Katsch, forderte diese Woche vom Bundestag, sich mehr einzumischen. Doch mit CDU und CSU haben die Bischöfe im Parlament seit je eine starke Lobby. Dabei hätten Politik und Staat längst auf Distanz zur Kirche gehen müssen.

Das 1933 zwischen Hitler-Deutschland und dem Vatikan geschlossene Konkordat beschert der katholischen Kirche heute jährliche Steuereinnahmen von rund 6,8 Milliarden Euro. Die Regierung kann in innerkirchliche Belange kaum eingreifen. Zudem gilt die katholische

Kirche als gesellschaftliche Stütze. Als Sozialträger ist sie der zweitgrößte Arbeitgeber in Deutschland nach dem Staat, betreibt Schulen, Krankenhäuser und Medienunternehmen. Zudem besitzt sie Land und Immobilien in großen Mengen. Geschätztes Vermögen: mehr als 200 Milliarden Euro.

Der Missbrauchsskandal wäre ein Anlass, grundsätzlich über das Verhältnis von Staat und Kirche nachzudenken. Zumindest die Staatsleistungen infolge des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 müssten endlich beendet werden. Der war ursprünglich als Ersatz für die kirchlichen Enteignungen in der napoleonischen Zeit gedacht. Bis heute zahlt der Finanzminister deshalb jährlich rund eine halbe Milliarde Euro an die beiden großen Kirchen. Auf den Konten der Missbrauchopfer wäre das Geld besser aufgehoben. Felix Bohr



Kölner Dom

Future Image / Imago Images